



Nr. 301. Morgen-Ausgabe.

Fünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 2. Juli 1869.

## Der Prozeß Fournier.

So lange es möglich war, haben wir gezweifelt. Wir hielten es für unmöglich, daß ein Mann des geistlichen Amtes, der noch dazu in der kirchlichen Hierarchie eine so hohe Stellung einnimmt, an geweihter Stelle und bei einer Handlung, welche die Kirche selbst für eine heilige erklärt, eine That verüben könnte, die, wo und in welchen Kreisen sie auch vorkommen mag, unter allen Umständen die allgemeinste Misshandlung und Verurteilung findet und finden muß, so lange Anstand und Bildung noch einzermassen Geltung haben. Durch die gerichtliche Verhandlung ist die Thatsache als über jeden Zweifel erhaben hingestellt; elf vollgültige Zeugen, von anerkannter Ehrenhaftigkeit, zumeist den gebildeten Ständen angehörig, haben die Thatsache befunden und beschworen; alle Anwesenden haben die Worte: „Was hast Du gethan, meine Tochter?“ gehört, und diese Worte, in denen das psychologische Motiv schon liegt, machen die darauf gefolgte Misshandlung einigermaßen erklärlich. Denn zu diesen Worten hierarchischen Hochmuts paßt ganz consequent die Kirchenstrafe. Die bloße Entfernung des Kerzens, die sich aus der Kette der mittelalterlichen, aber von orthodoxer Seite heute noch sehr gepflegten Kirchenstrafen erhalten hat, genügt noch nicht; es mußte noch ein sichtbares Zeichen der Herrschaft der Kirche über die Gemüther und die Handlungen der Gemeindemitglieder hinzugesetzt werden.

Von diesem Gesichtspunkte muß die sonst durch und durch unerklärliche That aufgefaßt werden; und deshalb haben wir es auch nicht mit dem Manne, sondern mit der Sache zu thun, die bei Weitem stärker als durch die 300 Thaler durch das öffentliche Gewissen verurtheilt worden ist; der Schlag hat nicht die Wange des armen Mädchens, er hat die Hierarchie und jenes kirchliche System getroffen, das sich noch einmal der Herrschaft über die Gewissen bemächtigen möchte. Ja, wenn sie könnten! — schrieben wir vor einigen Tagen; nun schneller und überraschender konnte, was wir mit diesen Worten ausdrücken wollten, nicht illustriert werden, als es durch diese Gerichtsverhandlung geschehen. Sie können eben nicht mehr — so lautet die Antwort, welche der Gerichtshof ertheilt hat.

Fast unerklärlicher noch als die That selbst — wenn nicht eben in diesem Prozeß Alles unerklärlich wäre — erscheint die Haltung des Angeklagten während der Verhandlung. Dem Schwure von elf ehrenhaften und vollgültigen Zeugen gegenüber leugnet der Angeklagte; er leugnet die Worte; er leugnet die That; elf Eidswürken gegenüber erklärt er, es sei Alles nicht wahr. Hierin liegt das eigentliche Rätsel. Es ist ja möglich, wenn auch immerhin schwer möglich, daß sich jemand, Gott weiß aus welchen Motiven, zu einer derartigen Misshandlung hinreissen läßt, selbst an solchem Orte, selbst bei einer solchen Handlung; mag es hierarchischer Ketzler oder das Bewußtsein von der Berechtigung der Kirche zur Vollziehung von Kirchenstrafen oder auch jährlinge Ueberzeugung sein — wie leicht war es, die ganze Sache beizulegen. Aus der ganzen Verhandlung geht hervor, und naheliegende Gründe sprechen dafür, daß die beteiligte Familie geru den Vorgang vertuscht hätte; man verleihe sich nur in die Lage der jungen Frau, die seit dem gerade für sie furchtbaren Moment noch nicht wieder gesund geworden, und man wird den Wunsch, die ganze Geschichte zu beseitigen, natürlich und erklärlich finden; ein Wort der Entschuldigung des Herrn Ober-Consistorialrats würde wahrscheinlich genügen haben, aber das Wort erfolgte nicht; denn — elf Zeugen gegenüber bleibt der Angeklagte dabei — die That ist ja gar nicht geschehen. Dieses Ableugnen von Anfang bis zu Ende die siebenstündige Verhandlung hindurch muß einen ganz eigenhümlichen Eindruck auf die Zuhörer gemacht haben.

Der Gerichtshof hat sich natürlich an dieses Ableugnen nicht gelehrt und, wie jeder Andere, die Thatsache als vollständig erwiesen angenommen. Auf die Höhe und Art und Weise der Strafe, sowie ob mildernde Umstände vorhanden waren oder nicht, kommt es dabei gar nicht an. Die Hauptfrage ist, daß das für unmöglich Gehaltene durch Ausspruch des Gerichtshofs für wahr erklärt worden ist.

Und damit ist denn auch die officielle und conservative Presse in dieser Sache zur offensiven Lügnerin gestempelt worden, allerdings nur ein nebensächliches Ergebnis, aber immerhin wichtig genug. Zwar ist es nicht das erste Mal, daß diesem Theile der Presse in ihren angeblich dementirenden Artikeln Lügen und Unwahrheiten nachgewiesen wurden sind, aber mit einer solchen Frechheit und Unverschämtheit ist doch noch nie gelogen worden, wie in dieser Angelegenheit von den Organen der sogenannten „gut unterrichteten“ Presse. Glaubte man den Artikeln dieser Blätter, so war an der ganzen Geschichte nicht nur kein wahres Wort, sondern es wurde auch noch der liberalen Presse vorgeworfen, daß sie, nur um Scandal zu machen, derartige Geschichten erfinde; es komme ihr nur darauf an, würdige hochgestellte Beamte mit Schmuse zu beweisen u. s. w.; kurz die officielle Presse schwärmt förmlich in Verdächtigungen und Denunciations, reihten aber dabei ganz gemäßlich Lüge an Lüge. Nun, der Scandal ist allerdings da; nur ist es nicht die liberale Presse, welche ihn verursacht hat. Zugleich weiß man in Zukunft, was von Versicherungen der officiellen Presse zu halten ist; nach diesem Vor- gange wird man wohl daran thun, in den meisten Fällen das Ge- genbeil zu glauben.

Die Frage, welche heute fast allgemein aufgeworfen wird, lautet: kann nach solchen Vorgängen der Verurtheilte noch im Amt bleiben? Wir gehören nicht zu den Hezern und Verfolgern; nach unserer Ansicht kann der Mann, wenn er jetzt noch Anhänger und Zuhörer in seiner Gemeinde findet, ruhig weiter predigen. Wenn man freilich erwägt, welche Dimensionen die Sache angenommen, welches Urtheil von der öffentlichen Meinung gefällt wird, und wenn man ferner bedenkt, wie geringfügig die Ursachen waren, wegen deren vom Jahre 1849 ab die ganze Reactionsperiode hindurch eine Menge Geistliche und Lehrer suspendirt und abgesetzt worden sind, so wird man eher zur Verneinung als zur Bejahung jener Frage geneigt sein.

Breslau, 1. Juli.

Aus dem im Mittagblatte mitgetheilten Artikel der ministeriellen „Prov.-Corresp.“ über Gr. Bismarck geht hervor, daß es sich dieses Mal nicht um einen bloßen Urlaub, sondern um eine specielle Dispensation von den Geschäften als Ministerpräsident handelt. Früher, wenn Gr. Bismarck beurlaubt wurde, blieb er in Bezug auf alle wichtigen Angelegenheiten in fortwährendem Rapport mit den Ministern und ohne seine Mitwirkung wurde keine Entscheidung von Wichtigkeit getroffen; jetzt soll ihm auch dies während der nächsten Zeit abgenommen werden und es wird das Staatsministerium mit dem Willen der Kammer handeln wollen; da an den liberalen Gesinnungen

übergehende Erleichterung, wie uns aus Berlin geschrieben wird, als nothwendig herausgestellt, damit er bei seinem Landaufenthalt sich wirklich gründlich erholen könne, was früher nicht geschehen. Eine bestimmte Stellung scheint nicht angeordnet worden zu sein, also wird sie wohl in der gewöhnlichen Weise stattfinden, nämlich nach der Anciennität durch den Finanzminister und da dieser nächstens ins Bad geht, durch den Kriegsminister. Bei Sachen, welche im Staatsministerium zur Berathung gelangen, aber den Bund betreffen, soll der Präsident Delbrück Theil nehmen, um dann den Grafen Bismarck als Bundesflanzer zu vertreten. In den auswärtigen Angelegenheiten wird wieder der Unterstaatssekretär v. Thiele dies thun; unterdessen geht der Geh. Leg.-Rath Abele mit dem Könige nach Ems, um ihm wieder Vortrag über die auswärtigen Angelegenheiten zu halten.

In der Steuer- und Finanzfrage melden einzelne Blätter, die Regierung halte neue Steuern oder Steuerzuschläge nicht mehr für nötig. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß dies eine Auffassung sei, welche nur neue Läufungen und Enttäuschungen hervorrufen könne; da wir jedoch und, wie wir glauben, auch unsere Leser diese Auffassung nie und nimmer getheilt haben, so bleibt uns glücklicherweise auch die neue Entwicklung erspart. Wenn es im Schoße der Zukunft überhaupt etwas Sichereres gibt, so sind es neue Steuern oder Steuerzuschläge.

Vorläufig leugneten die österreichischen und die mit Österreich lieb-augelnden preußischen Blätter, daß vor 1866 gewisse Abmachungen zwischen Österreich und Frankreich vereinbart worden seien. Heute gesteht ein „wohlunterrichteter“, wenn nicht gar offiziell Wiener Correspondent der „Hamb. B.“ ein, daß ein geheimer Vertrag allerdings und zwar in der zweiten Woche des Juni 1866 zwischen Österreich und Frankreich abgeschlossen und daß in demselben auch von Compensationen in Deutschland die Rede gewesen sei. In jenem Vertrage — schreibt der Correspondent weiter — trat der Kaiser Franz Joseph Venetien dem Kaiser Napoleon vor Eröffnung der Feindseligkeiten ab, um sich dessen günstige Neutralität zu erlaufen, deshalb konnte die Cession auch unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz publicirt werden. Österreich gedachte sich für den Verlust Venetiens durch Schlesien schadlos zu erhalten. Napoleon gedachte Preußen dafür durch Mediatisierung der norddeutschen Kleinstaaten zu arredieren; so sollte der kaiserliche Brief an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni wahr werden, wonach Österreich seine große Stellung in Deutschland behalten und Preußen homogen und stark im Norden werden sollte. Es war ein Sieg der überlegenen preußischen Staatskunst, daß sie sich von jedem bindenden Engagement gegen Frankreich freihält, indem sie den Kaiser bei seinem Glauben an der militärischen Inferiorität Preußens läßt. — Ja, Bauer, das klingt freilich ganz anders. Darnach scheint es allerdings, als habe das „alte ehrliche“ Österreich, und nicht das „perfide“ Preußen jene Abmachungen getroffen. Schlesien an Österreich — schlecht eingesädet war die Sache wirklich nicht.

Die sozialistische Bewegung in der Schweiz hat nach und nach eine ruhigere Gestalt angenommen. Insbesondere ist dies in Genf der Fall, wo

die lebhafter nicht zu zweifeln sei, so könne man vertrauensvoll der Zukunft entgegensehen. —

In der Stimmung der Parteien der Kammer hat, wie eine Pariser Correspondenz der „N. Z.“ besonders berichtet, der Brief des Kaisers an Schneider im letzten Augenblide noch eine kleine Aenderung herverursacht und die Mittelpartei schuft wieder frischen Athem, nachdem sie durch den Brief an Macau einige Zeit ziemlich in Bewirrung gerathen war. Sie weiß es deshalb Herrn Schneider Dant, diesen Brief des Kaisers herverursacht zu haben und sie bestärkt so den großen Industriellen des Kreuzes in der Meinung, die er offenbar von sich hat, daß er politischen Blick beweisen und eine That des Liberalismus gethan, als er seine Enthaltung einreichte. Über diesen Schritt sind in Paris selbst übrigens auch abweichende Urtheile unabhängiger Männer laut geworden.

Die belgische Regierung wird, wie französische Blätter versichern, sich die Gunst der französischen durch größere Strenge gegen die Flüchtlinge zu erwerben suchen; um diesen Preis kostet die franco-belgische Commission zu einem für Belgien annehmbaren Ergebnisse zu gelangen.

Dass sich in Spanien das neue, von Prim gebildete Ministerium nicht lange würde halten können, davon war man bereits überzeugt. Wie eine Madrider Correspondenz der „N. Z.“ versichert, lag aber der Keim des Todes nicht bloß im Finanzministerium. Figuerola hat freilich, so sagt die vom 27. v. M. datirte Correspondenz, zu seinen beiden ersten parlamentarischen Niederlagen bereits die dritte fügen müssen, indem ein Antrag gegen seine Vorlage über die Kopfsteuer mit 88 gegen 86 Stimmen in Erwägung gezogen und dann nur mit einer verhältnismäßig geringen Stimmenmehrheit verworfen wurde; die unpopuläre Kopfsteuer nicht nur, sondern auch das ganze Budget, das so wenig von den im Anfang der Revolution verprochenen Reformen aufweist, findet die lebhafte Belämpfung, und zwar nicht bloß von Seiten der Minderheit, sondern auch von Seiten hervorragender Mitglieder der Mehrheit. „Aber auch die neuen Kräfte, welche Prim in das Cabinet gezogen hat, zeigen sich“ — so fährt die Correspondenz fort — „der Lage nicht gewachsen. Nach dem Rundschreiben, das der neue Justizminister Martin Herrera an die Gerichtshöfe geschickt hat, und in welchem er noch entschiedener und zugleich berechnender als Sagasta in seinem Rundschreiben an die Statthalter die Beschränkung der Grundrechte behandelt, hätte man einen gewandten und zugleich energischen Vertheidiger der Reaction, etwa in der Art Rouher's, erwarten sollen. Aber freilich ist nicht Herrera, sondern Rios Rosas der Verfasser jenes Rundschreibens, und der Erste hat in der parlamentarischen Schlacht, welche gestern Morgens schloß, sich so schwach gezeigt, daß selbst conservative Blätter fragen, wie Prim ihn in sein Ministerium ziehen konnte. Herrera selbst will sich dem Vernehmen nach, in der Erkenntnis seiner Niederlage, bereits vom Schauplatze zurückziehen.“ Hierach lassen sich denn die neuesten Nachrichten, welche von einer gänzlichen Umgestaltung des Ministeriums sprechen, nur zu wohl begreifen.

## Deutschland.

= Berlin, 30. Juni. [Fürst Gortschakoff. — Graf Bismarck. — Der Strafgesetzentwurf.] Se. Majestät der König kam heute Morgen von Babelsberg nach Berlin, conferierte Mittags längere Zeit mit dem Grafen Bismarck und empfing nach der Besprechung mit demselben, um 2 Uhr den russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakoff. Daß diese Besprechungen, welche der Fürst wiederholte mit dem Grafen Bismarck und mit Sr. Majestät dem Könige hatte, einen politischen Charakter trügen, wird hier überall um so mehr angenommen, als man gesässenlich bemüht scheint, den Leiter der russischen Politik nur als einen Badereisenden angesehen zu wissen, der sich gelegentlich auf der Durchreise hier aufhält. Der russische Gesandte Bar. v. Dubril gab gestern Mittag dem Fürsten zu Ehren ein Diner, bei welchem sich auch Gr. Bismarck als Gast befand, auch dort wurde der Fürst vielfach im Zwiegespräch mit dem Kanzler des Norddeutschen Bundes bemerkbar. — Es ist an dieser Stelle bereits mitgetheilt, daß Graf Bismarck zu längerem Urlaube sich nach Varzin zu begeben beabsichtige. Neu und bemerkenswerth ist die Mitteilung der Prov.-Corresp., wonach der Graf vorläufig von den leitenden Staatsministerialgeschäften beurlaubt worden. Es scheint daraus hervorzugehen, daß Graf Bismarck den Verhandlungen über die Landtagsvorlagen nicht präsidieren und möglicherweise auch der allem Anschein nach bewegten Session des preußischen Landtages fernbleiben wird, während bisher das Gegenteil verlautete. Das Präsidium im Staatsministerium geht nun wohl auf den Finanzminister, Fr. v. Heydt, beziehentlich den Kriegsminister v. Noon über. — Der Justizausschuß des Norddeutschen Bundes beschäftigte sich heute mit dem erwähnten Präsidial-Antrage wegen Einsetzung einer „Fach-commission zur Prüfung des Strafgesetz-Entwurfes für den Norddeutschen Bund und trat dem Antrage überall bei. Neben diesem zu berufenen Persönlichkeit juristischer Autoritäten sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Gleichzeitig beschäftigte sich die Justizcommission mit den vom Reichstag beschlossenen Gesetzen über die privatrechtliche Stellung der Vereine. Vorläufig sind weitere Erhebungen beschlossen, man war allseitig der Meinung, daß ein so wichtiges Gesetz der allgründlichsten und eingehendsten Vorarbeiten bedürfe, bevor der Bundestrat denselben näher treten könnte, nichts desto weniger liegen keine Anzeichen vor, welche die Angaben unterstützen, daß die Ablehnung bevorstehe.

[Zur Freizügigkeit.] Man schreibt dem „Hamb. Corresp.“: „Die Missachtung des Freizügigkeitsgesetzes von Seiten des Berliner Polizeipräsidiums, welche in der Reichstagssitzung vom 19. d. M. in Folge der Petition des Gärtners Ilgenstein zur Sprache gekommen ist, steht nicht vereinzelt da. Einem Bremer Bürger, der kürzlich nach Berlin zog und sich dort nieder zu lassen beabsichtigte, wurden nicht nur verschiedne andere Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sondern auch, nachdem er diese beseitigt zu haben glaubte, von dem dortigen Polizeipräsidium die Beibringung einer Befreiung darüber abverlangt, daß er aus dem Preußischen Staate ausgewandert sei, was zu thun er anfangs nicht beabsichtigt hatte und wozu er sich dann, um mancherlei Weitläufigkeiten zu entgehen, verstand. Ein derartiges Verfahren widerstreitet so offenbar dem Sinne und Wortlaute des Freizügigkeitsgesetzes, daß man nur dringend wünschen kann, daß der Bundeskanzler dem Erfuchen des Reichstages entsprechen und die Berliner Behörde zur Beobachtung des Gesetzes anhalten werde.“

[Kreisrichter Kuffel] in Querfurt, bisher Mitglied des Abgeordnetenhauses und der Fraction der Fortschrittpartei, ist am 25. d. M. einer schweren Krankheit erlegen.

















